



## **Adliswilereien**

### **Informationen aus dem Gemeinderat**

### **Sitzung vom Mittwoch, 6. März 2019**

**Von Wolfgang Liedtke, Fraktionspräsident SP**

Im Gegensatz zur letzten Sitzung hatte der Gemeinderat dieses Mal eine kurze Traktandenliste und konnte bereits nach zwei Stunden seine Sitzung beenden.

#### **Fragestunde**

Die Palette der Themen in der Fragestunde war sehr vielseitig. Nachfolgend eine Auswahl der Themen.

Angelika Sulser (SP) wies auf den regen Publikumsverkehr beim Spielplatz Werd hin und erkundigte sich nach der Möglichkeit, dort ein öffentliches WC einzurichten. Der Stadtrat wies in seiner Antwort darauf hin, dass die WCs des Schulhauses Werd sowie die der Freizeitanlage Werd genutzt werden dürften, falls beide Einrichtungen geöffnet seien. Bernie Corrodi erkundigte sich, ob die Stadt Adliswil wie die Stadt Bern die Preisgestaltung des Coiffeurgewerbes kontrolliere, da es hier einen harten Wettbewerb gebe, der zu Dumpingpreisen führe. Die zuständige Stadträtin Susi Senn (FDP) verwies auf die Zuständigkeit des Kantons. Daniel Schneider (Grüne) wollte wissen, ob es im Adliswiler Wald Schäden aufgrund der Trockenheit im vergangenen Sommer gebe. Die Adliswiler «Forstministerin», Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP), bejahte dies und erläuterte, dass nicht allein der trockene Sommer, sondern vorher bereits die Stürme zu Beginn des letzten Jahres zum schlechten Zustand des Waldes beigetragen haben. Man pflanze vermehrt trockenresistente Arten an, um den durch die Klimaveränderung zu erwartenden trockenen Sommern vorzubeugen. Patrick Sager (FDP) wollte wissen, ob die Stadt die Subventionierung des Kinderhauses Werd weiterführen wolle, wenn Betreuungsgutscheine für die Kinderkrippen eingeführt worden seien. Diese Frage ausgerechnet von einem Freisinnigen war insofern nicht nachvollziehbar, weil unter anderem die FDP-Fraktion im November 2018 die Einführung von Betreuungsgutscheinen verhindert hatte und im Februar gegen die Parlamentarische Initiative von SP, Grüne und CVP/GLP zur Einführung von Betreuungsgutscheinen stimmte. Die Antwort des zuständigen Stadtrates Renato Günthardt war unbestimmt und sagte aus, dass man zunächst Erfahrungen mit den Betreuungsgutscheinen sammeln wolle.

#### **Einbürgerungen**

Es wurden 13 Anträge zur Einbürgerung vorgelegt. Die Antragsteller kommen aus der Mongolei, aus der Türkei, aus Mazedonien, Polen, Deutschland, Italien, Tschechien, Russland, Indien und Vietnam. Wie auch sonst in aller Regel waren alle Anträge unstrittig und wurden ohne Gegenstimme angenommen.

#### **Interpellation „Wählerverwirrung bei der Stadtpräsidentenwahl“**

In ihrer Interpellation erkundigten sich drei Gemeinderäte aus der EVP, den Freien Wählern und der SVP beim Stadtrat, wieso im zweiten Wahlgang der Stadtpräsidentenwahl im Juni 2018 im Gegensatz zum ersten Wahlgang nicht auf einem Beiblatt die offiziellen Kandidaten für das Stadtpräsidium mitgeteilt worden waren. Der Stadtrat beantwortete die Frage mit dem Hinweis, dass zum Zeitpunkt der Vorbereitung des zweiten Wahlgangs noch nicht bekannt

war, wer alles kandidieren würde. Denn in einem zweiten Wahlgang hätten sich ja weitere wählbare Kandidaten – das sind alle gewählten Stadträte – bewerben können.

### **Interpellation „Steuerstatistik veröffentlichen“**

Drei Gemeinderäte aus der FDP-Fraktion forderten nähere Informationen zur genauen Zusammensetzung des Steuersubstrats, die einerseits Abhängigkeiten von einzelnen Steuerpflichtigen und andererseits die Umverteilungswirkungen aufzeigen könnten. Der Stadtrat ist diesem Anliegen so weit nachgekommen, wie dies auf der Basis des dem Steueramt vorliegenden Zahlenmaterials möglich war.

In seinem Votum hob der Erstunterzeichnende Reto Buchmann (FDP) die Bedeutung dieser Zahlen als Grundlage für politische Entscheidungen hervor und wies darauf hin, dass elf Prozent der Einwohner wegen ihres tiefen Einkommens keine Steuern zahlen müssten. Er schloss daraus, dass es entgegen den Behauptungen der Ratslinken genügend bezahlbaren Wohnraum in Adliswil gibt, denn sonst könnten diese Leute ja gar nicht in Adliswil wohnen. Für die SP-Fraktion hielt Esen Yilmaz (SP) das nachfolgende Votum:

*Die Interpellanten verlangten die Veröffentlichung der Steuerstatistik mit der guten Begründung, dass es im allgemeinen Interesse sei. Wir begrüssen das Vorgehen sehr, da es an das Öffentlichkeitsprinzip erinnert und Geheimniskrämereien beseitigt. Dieser Nachfrage folgte der Stadtrat und gab Parameter preis, welche auch für finanzielle Planungen für den Grossen Gemeinderat wichtig scheinen.*

*Ein paar wichtige Erkenntnisse kann man aus dieser Statistik lesen (natürliche Personen):*

- *ca. 12% scheinen Schüler oder Studenten zu sein*
- *ca. 28% haben ein steuerbares Einkommen unter Fr. 30'000*
- *wiederum ca. 58% haben ein steuerbares Einkommen unter Fr. 60'000.*

*Bei den juristischen Personen können folgende 3 Daten herausgelesen werden:*

- *ca. 56% der Steuerpflichtigen bezahlen keine Steuern*
- *ca. 74% der Steuerpflichtigen bezahlen unter Fr. 10'000 Steuern*
- *2 Steuerpflichtige tragen ca. 55% der Steuereinnahmen Adliswil's bei.*

*Da jeder mittlerweile in diese Daten einsehen konnte, möchte ich nicht alle Details aufzählen, vor allem keine Und-/Oder-Gleichungen machen. Diese Öffentlichkeitsarbeit kann auch Schattenseiten haben, welche in kleinen Gemeinden grössere Steuerzahler nackt da stehen lassen würden. Somit sollte man mit diesen Daten sehr vorsichtig umgehen. Die Antwort des Kantonalen Steueramtes, dass sie Eigentümerin der Steuerdaten sind, ist nachvollziehbar. Jedoch könnte die Statistik auch so vorbereitet werden, dass keine Person oder kein Unternehmen nackt dasteht oder von einer anderen Gemeinde abgeworben werden kann. In diesem Sinne bedanken wir uns nochmals bei den Interpellanten, dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Öffentlichkeitsarbeit.*

Wolfgang Liedtke (SP) erwiderte auf die Bemerkungen von Reto Buchmann (FDP) zum Adliswiler Wohnungsangebot, dass es voreilig sei, aus den vorliegenden Zahlen zu schliessen, es gäbe ein ausreichendes Angebot bezahlbarer Wohnungen in Adliswil. Seine Erfahrung sei, dass man in Gesprächen mit Adliswilerinnen und Adliswilern erfährt, wie schwierig bis unmöglich es ist, eine bezahlbare Wohnung in Adliswil zu finden. Dagegen würde die Einkommensverteilung jedoch zeigen, dass es weiterhin wichtig ist, für ein ausreichend grosses Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu sorgen. Denn fast zwei Drittel der Steuerpflichtigen weist ein Jahreseinkommen von weniger als 60'000 Franken aus.